

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Erscheint wöchentl. 6 mal. / Bezugspreis: Monatl. 1.56 Mk., die Einzelnummer kostet 10 Pf. Bei Nichterhalten der Zeitung infolge hoh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung / Postfach-Konto Stuttgart 3780 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11

Nummer 76 | Altensteig, Freitag den 30. März 1928 | 51. Jahrgang

Stresemann zur Abrüstung

Berlin, 29. März. Auf dem Jahresbankett der ausländischen Presse hielt Reichsaußenminister Dr. Stresemann die erwartete Rede, in der er u. a. ausführte: Er wolle die Auffassung des deutschen Volkes zur Abrüstungsfrage klarlegen. Wenn ich auch gebe, daß Probleme von dieser Tragweite nicht von heute auf morgen gelöst werden können, so kann man doch heute nicht mehr von einem „heute auf morgen“ sprechen, umso weniger, als auch Deutschland nicht eine sofortige Titelabrüstung aller Staaten gebietet hat, sondern sich mit dem Gedanken der graduellen und stufenweisen Lösung durchaus einverstanden erklärt hat. Daß aber für die Erreichung einer ersten Etappe die realen politischen Voraussetzungen heute schon in vollem Umfang gegeben sind, ist meine volle Überzeugung. Der Minister zitiert dann das Schlußprotokoll von Locarno vom 16. Oktober 1925, das sagt, daß die Verträge von Locarno eine moralische Entspannung zwischen den Nationen herbeizuführen geeignet seien. Jahr für Jahr haben die in der Bundesversammlung vereinigten Staaten einstimmig festgestellt, daß die Abrüstung die wichtigste Aufgabe des Völkerbundes sei und daß die heute gegebene Sicherheit eine genügende Basis für einen ersten Schritt zur Abrüstung darstelle. Trotzdem scheinen mir von der Erreichung des Zieles weiter als je entfernt zu sein. Das ist umso schlimmer, als inzwischen das Sicherheitskomitee zu Ergebnissen gelangt ist, die auch von denjenigen, die Forderungen grundsätzlicher Sicherheit stellen, anerkannt werden.

Der Minister weigert sich, trotz dieser Situation mit aller Bestimmtheit von einem endgültigen Besorgen des Völkerbundes in der Abrüstungsfrage zu sprechen, einfach deswegen, weil der Völkerbund in dieser Frage einfach nicht vorzulegen darf. Was ist in der Abrüstungsfrage jetzt zu tun? Das Wort haben jetzt die Regierungen der militärisch führenden Staaten. Auf ihnen liegt die Verantwortung und auf sie ruhen die Erwartungen der Völker. Ich gebe der bestimmten Hoffnung Ausdruck, daß diese Erwartungen nicht wiederum enttäuscht werden, und daß wir schon auf der nächsten Bundesversammlung uns einer Situation gegenübersehen, die hinreichend geklärt ist, um dem Völkerbund konkrete und effektive Schritte zu gestatten. Wenn trotz dieser Zweifel und Enttäuschungen ich noch von Hoffnungen und Vertrauen gesprochen habe, so richtet sich mein Blick in erster Linie auf das große, mächtige Volk der Vereinigten Staaten von Amerika. Ich begrüße es, daß der Gedanke des Weltfriedens, der Gedanke der Verständigung mit den europäischen Staaten und Völkern zu einer Initiative geführt hat. Ich begrüße die Freigabe des deutschen Eigentums, ein Beschluß, der nicht nur materielle Fragen berührt, sondern den alten Gedanken der magna charta internationalen Zusammenlebens zum Wiederaufleben bringt, daß die einzelnen nicht leben sollen, wenn die Staaten Kriege führen. Schließlich gibt mir auch Hoffnung darauf, daß die Verhandlungen der Zukunft nicht ergebnislos bleiben werden, die Rede, die der französische Ministerpräsident in Bordeaux gehalten hat und die nach dem mir nun vorliegenden genauen Wortlaut zwar manches enthält, was ich mich in vollem Gegensatz befinde, aber auch Worte, denen ich vollkommen zustimmen kann. Trotz aller Kritik, Skepsis und Enttäuschung will ich die Hoffnung nicht aufgeben, daß die großen Gedanken des Friedens sich durchsetzen werden zum Besten der Menschheit.

Der friedfame Mussolini

Man trau' schier seinen Augen nicht, wenn man ein Interview liest, das der genialste Diktator des italienischen Volkes, Herr Mussolini, im Daily Mail durch den bekannten ungarischen Lord Rothermere veröffentlicht läßt. Das Interview strahlt geradezu von Lobhudeleien auf Mussolini, der angeblich bestrebt sein soll, vor allen Dingen jede Komplikation in der äußeren Politik Italiens zu vermeiden. Angesichts dieser Behauptung erscheint es wirklich zweckmäßig, einmal die Tatsachen sprechen zu lassen. Diese aber reden eine andere Sprache als das Interview. Stills, d. h. seine tatsächliche Regierung, ist in bestem Zuge begriffen, Komplikationen heraufzubeschwören. Man braucht ja nur an die Verhältnisse auf dem Balkan zu denken, und man wird ohne weiteres behaupten können, daß die Herrn Mussolini in den Mund gelegten Versicherungen ein Mandat darstellen, das zumeist ablenken soll, auf das aber niemand, jedenfalls kein realpolitisch denkender Politiker und Diplomat hereinfallen wird. Wenn Mussolini erklärt, er habe Beweise seiner friedfertigen Absichten gegeben, so ist das ein glatter Schwindel. Wenn seine Politik bisher noch nicht zu Verwicklungen schwerer Art geführt hat, so liegt das nicht an dem italienischen Diktator, sondern an anderen Persönlichkeiten und an gewissen Institutionen, die die neueuropäische Politik nach dem Kriege geschaffen hat. Fraglich ist allerdings, ob auf diesem Wege Komplikationen auf lange Sicht vermeiden werden können. Einmal läuft sich jede Maschine heiß und dann

steht das Räderwerk still, besonders, wenn es so feinsinnig konstruiert ist, wie man es beim Apparat des Völkerbundes ohne Weiteres annehmen kann. Die Friedensliebe Mussolinis basiert lediglich auf der Tatsache, daß keiner der Nachbarn, denen die italienische Politik so überaus beliebt ist, über es für längere Zeit, vorläufig in die offene Gegnerschaft zu Italien zu treten. Herr Mussolini ist wirklich kein Verdienst dafür zuzuschreiben, daß bisher Komplikationen in der italienischen Außenpolitik nicht vorgekommen sind. Er bleibt für uns der Mann, auf dessen Lippen das Behemnis zum Frieden nach innen und außen sich mindestens recht komisch ausnimmt. Den Versuch, die Weltöffentlichkeit zu täuschen, den Mussolini in seinem Interview an Rothermere gemacht hat, konnte man natürlich nicht vermeiden. Worauf es uns aber ankommt, ist, dieses Interview in das rechte Licht zu stellen und den italienischen Diktator, der sich jetzt der Welt als Pazifist präsentieren will, zu demaskieren. Dabei leistet Mussolini selbst die beste Hilfe. Man braucht ja nur seine Tatsachen mit seinen Worten zu vergleichen und man sieht sofort, mit wem man es zu tun hat.

Rom, 28. März. In einer Unterredung mit dem Besitzer der „Daily Mail“, Lord Rothermere, sagte Mussolini: Italien hat noch einen schweren Kampf wirtschaftlicher Entwicklung vor sich. Auswärtige Verwicklungen sind das Letzte, was es sich leisten könnte. Ich habe meine friedlichen Absichten bewiesen durch Abschluß eines Freundschaftsvertrages mit Südbanien, dem früheren Nebenbuhler Italiens. Südbanien hat den Vertrag bisher nicht bekräftigt, was bis nächsten Juli geschehen müßte. Aber selbst ohne das besteht keine Gefahr eines Zwistes. Da beide Staaten Mitglieder des Völkerbundes sind, würde ein Mittel vorhanden sein, um mit der Gefahr eines Zwistes fertig zu werden. — Ueber die ungarische Grenzfrage äußerte sich Mussolini: Die Ungarn sind eine ritterliche Nation, für die wir Italiener Achtung empfinden. Zwischen beiden Ländern besteht aufrichtige Freundschaft. Eine solche Nation unter dem Druck eines dauernden Gefühles offenkundigen Unrechtes zu lassen, würde nicht im Interesse des Friedens Europas liegen. Die Heiligkeit von Verträgen muß gewahrt bleiben. Aber dieser Grundsatz verhindert nicht die Abänderung der Einzelheiten eines Vertrages, wenn sich nach sorgfältiger Prüfung zeigt, daß sie wünschenswert ist. In der ganzen Geschichte hat es noch nie einen Vertrag gegeben, der ewig dauerte. Im Gegensatz zu Italien kann Ungarn keine geographische Grenze haben. Aber es könnte und müßte eine Küstengrenze bestehen. Der Brennerpaß bildet eine natürliche geographische Grenze. Die Tatsache, daß zufällig ungefähr 200 000 Menschen „österreichischer Rasse“ auf der italienischen Seite dieser Grenze leben, darf die Sicherheit und geographische Einheit einer Nation von über 40 Millionen Menschen nicht schmälern. Mussolini fügte hinzu, die österreichischen Untertanen Italiens würden genau so behandelt wie die Italiener. Er sprach dann von den italienischen Kolonisationsbemühungen in Tripolis und der Cyrenaika, die darauf abzielten, der nordafrikanischen Küste die Fruchtbarkeit wiederzugeben, die sie zur Zeit des alten Roms zu einem der Getreidefelder der Welt gemacht habe.

Paris und die Mussolini-Rede

Paris, 28. März. Die Erklärungen Mussolinis über eine Aenderung von Friedensverträgen, ganz besonders des Friedens von Trianon, um Grenzberichtigungen für Ungarn zu erreichen, haben in Paris großes Aufsehen erregt und fast einstimmige Ablehnung gefunden. „Parisien“ richtet an Mussolini die Frage, wer denn die Kosten einer solchen Grenzberichtigung bezahlen sollte, etwa Südbanien? Damit wäre wieder einmal der italienisch-südbanische Zwist angefaßt, und außerdem wäre damit auch der Anlaß für alle anderen ehemaligen Kriegsgegner gegeben, das gleiche für sich zu fordern. Was könnte man gegen die Anschuldigung oder gegen die deutschen Forderungen für das annektierte Brennergebiet vorbringen, wenn der Ungarn eine solche Vergünstigung bewilligt würde. Die Rechtspreste wirt Briand vor, Mussolini sei zu solchen Erklärungen nur durch Briands Haltung gegen Deutschland ermutigt worden, da Briand einer Aenderung des Versailler Vertrages nicht ablehnend gegenüberstehe. Die Presse versucht, Mussolini aus seinen eigenen Worten eine Falle zu stellen, und betont nachdrücklich, daß Italien selbst die Forderungen im Brennergebiet ablehnen müsse.

Bergessen Sie nicht

alsbald unsere Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“ für den nächsten Monat zu bestellen, damit sie rechtzeitig in den Besitz derselben gelangen.

Tarifserhöhung bei der Reichsbahn

Sitzung des Verwaltungsrates der Deutschen Reichsbahngesellschaft
Berlin, 29. März. Vom 26. bis 28. März tagte der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft in Berlin. Wie auch bei den vorigen Sitzungen, stand die finanzielle Lage im Vordergrund der Beratungen. Der Ausgleich der Ausgaben durch die Einnahmen macht immer größere Schwierigkeiten. Die Einnahmen aus dem Tonnenkilometer sind durch Tarifermäßigungen von 5,08 Pfennig im Jahr 1924 auf 4,44 Pfennig im Jahr 1927 zurückgegangen. Bei einem allgemeinen Preisindex von 150 Prozent gegen 1913 betragen heute bei der Reichsbahn die Einnahmen für den Personenkilometer nur 123 Prozent und für den Gütertonnenkilometer nur 132 Prozent der Einnahmen von 1913. Die Belastung der Gesellschaft dagegen ist seit Beginn des Geschäftsjahrs 1927 um 575 Millionen Reichsmark gestiegen, wovon auf Reparationszahlungen 110 Millionen, auf Dividende für Beteiligte 15 Millionen und auf Löhne und Gehälter 450 Millionen Reichsmark entfallen. Die Erhöhung der Ausgaben je Kopf des Personals beträgt nach der neuen Gehalts- und Lohnregelung für die Beamten 184 Prozent, für die Arbeiter pro Arbeitsstunde 200 Prozent der Höhe von 1913. Dazu kommt die außerordentliche Belastung der Reichsbahn mit Ruhegehältern, die von 11,4 Millionen in 1913 auf 300 Millionen Mark in 1927 gestiegen sind. Nur die günstige Verkehrsentwicklung seit Mitte 1926 und die seit Ende 1927 durchgeführte Einsparung der Aufwendungen für Unterhaltung und Verbesserungen der Anlagen unter ein auf die Dauer erträgliche Maß hat es ermöglicht, bisher von einer Tarifserhöhung abzusehen. Eine wesentliche Vermehrung der Einnahmen durch Tarifserhöhung ist also jetzt nicht mehr zu vermeiden. Der Verwaltungsrat hat deshalb in voller Würdigung der das gegenstehenden erlösten Bedenken im Einverständnis mit der Hauptverwaltung es für seine Pflicht gehalten, eine Tarifserhöhung zu beschließen, die eine jährliche Mehrerlöse von 250 Millionen Reichsmark erbringen soll, wobei der Güterverkehr etwa zwei Drittel und der Personenverkehr etwa ein Drittel zu tragen hat.

Der Verwaltungsrat beschäftigte sich ferner mit den Vorgängen im Reichsbahngesamtwesen. Um Beschuldigungen über Unregelmäßigkeiten im Beschaffungsweien so weit als möglich anzuklären und abzustellen, ist in Ergänzung des bestehenden regelmäßigen Prüfungsverfahrens durch den Generaldirektor eine besondere Kommission aus Fachbeamten eingesetzt.

Bazille über die Wahl

Stuttgart, 29. März. Im Saale der Silberburg hielten gestern zwei Stadtbezirke der Bürgerpartei einen Familienabend, der auch politischen Charakter hatte. Staatspräsident Dr. Bazille sprach dabei über die Frage „Um was wird bei den nächsten Wahlen gekämpft?“ Er führte dabei u. a. aus, daß der bevorstehende Wahlkampf der Sozialdemokratie dazu dienen solle, wieder mehr Macht innerhalb Deutschlands zu bekommen, um auf diesem Weg mit verbliebenen anderen Parteien zusammen einen weiteren Schritt zu ihrem Endziel zu machen. Daß die gegenwärtige Ordnung der Dinge in Deutschland höchst unbefriedigend ist, könne niemand bestreiten, und so werde die Sozialdemokratie als Sammelboden der Unzufriedenen wohl bei den nächsten Wahlen gut abzuschneiden, wenn auch wahrscheinlich ihre Hoffnungen übertrieben sind und ihre Erfolge mehr in Norddeutschland als in Süddeutschland eintreten werden. Es könne nach den Erfahrungen der Geschichte gar kein Zweifel darüber sein, daß wir auf dem Weg, den die Sozialdemokratie einschlagen will, zu sehr unerträglichen Zuständen kommen werden, daß auch die Sozialdemokratie von ihren Bestrebungen abließe, wenn sie sich ein zutreffendes Bild von den Folgen der Dinge machen würde, die sie erstrebt. Die Absichten der Sozialdemokratie seien um so gefährlicher, als sie, wenn auch völlig unabsichtlich und unbewußt, von den bürgerlichen Parteien gefördert werden. So haben in der Frage der Aufwertung der bürgerlichen Parteien den politischen Weltbild vermissen lassen, so daß es wie ein unabwendbares Schicksal erscheine, daß wir noch schweren sozialen Erschütterungen entgegengehen. Am wenigsten Widerstand gegen diese Entwicklung leistet der Sozialismus. Die jetzige Parteienzerrüttung im Bürgertum lasse allerdings bereits die Anfänge zum Berufsstaat der Zukunft erkennen. Das Ziel, um das der Wahlkampf geht, sei deutlich zu erkennen: „Man muß kämpfen für die Erhaltung der Länder, deren Selbständigkeit durch den Wahlkampf gefährdet ist, man muß kämpfen, um die Errettung der Landwirtschaft, weil namentlich der Untergang der Landwirtschaft in rascher Folge auch zur Zerstörung der Industrie, des Handels und des Handwerks und damit zur völligen Verelendung der sogenannten Lohn- und Gehaltsempfänger führen muß.“ Im übrigen wäre nichts verfehlter, als verfassungswidrige Bestrebungen. Deutschland brauche die Schaffung und Erhaltung von Zentren der staatlichen Ordnung. Der Staatspräsident schloß mit den Worten: „Die gegenwärtigen Regierungsparteien in Württemberg haben nicht den geringsten Anlaß, den Wahlkampf zu scheuen. Was überhaupt möglich war, haben sie für Württemberg erreicht. Es ist von größter Bedeutung, daß aus den nächsten Wahlen wiederum eine Regierung hervorgeht, die auf solchen gesunden und staatsorbahaltenden Grundlagen beruht, wie die gegenwärtige. Mit der festen Hoffnung, dieses Ziel zu erreichen, ziehen wir in den Wahlkampf.“

Neues vom Tage.

Noch immer Drohungen gegen das Reichsentwädigungsamt
 Berlin, 29. März. Im Reichsentwädigungsamt, das seit dem Attentatsversuch des Farmers Langloop für Besucher gesperrt ist, laufen, wie eine Berliner Korrespondenz meldet, jetzt täglich etwa 3000 Schreiben von Personen ein, die eine raschere Erledigung ihrer schwebenden Ansprüche durchzusehen versuchen. Dabei wird vielfach auch mit einer Wiederholung des von Langloop eingeschlagenen Verfahrens gedroht. So waren die leitenden Beamten gezwungen, in etwa zwölf Fällen die eingelaufenen Schreiben der Polizei zur weiteren Verfolgung zu übergeben, da die Abfertiger, die mit vollem Namen zeichneten, erklärten, daß sie sich an den leitenden Beamten rächen würden. Erst gestern erhielt Geheimrat Bach einen Drohbrief, in dem der Schreiber erklärt, er habe nichts mehr zu verlieren und werde Bach, da man in das Dienstgebäude nicht mehr eindringen könne, vor seiner Wohnung erwarten und niederstießen.

Abbruch der Tarifverhandlungen bei der Deutschen Reichspost

Berlin, 29. März. Die Tarifverhandlungen bei der Deutschen Reichspost sind durch eine Vereinbarung beendet worden. Die Lohnherhöhungen betragen im Durchschnitt 10 v. H., die Arbeitszeit ist im allgemeinen unverändert geblieben. Im Telegraphendienst wird in drei Wintermonaten 48 Stunden, in den übrigen Monaten 52 Stunden wöchentlich gearbeitet. Die Vereinbarungen gelten bis zum 31. Dezember 1928.

Der verschobene Start zum Ozeanflug

Berlin, 29. März. Nach den hier eingegangenen Meldungen aus London müßten die deutschen Ozeanflieger in Folgendem auch Donnerstag früh von ihrer Abfahrt zum Ozeanflug zu starten, wegen des schlechten Wetters Abstand nehmen. Das Junkerflugzeug war bereits auf die Startbahn des irischen Militärflugplatzes geschafft und für den für 5.30 Uhr festgesetzten Start vollkommen fertig gemacht worden. Die ungünstigen Wettermeldungen von Donnerstag früh veranlaßten jedoch die Flieger, den Aufstieg abermals zu verschieben.

Der Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte

Zürich, 29. März. Am Mittwoch abend sprach hier auf Einladung der Züricher volkswirtschaftlichen Gesellschaft vor einer großen Zuhörerschaft, unter der sich auch der deutsche Botschafter in Bern, Dr. Adolf Müller, befand, Reichsstatistiker a. D. Dr. Cuno, Vorsitzender des Vorstandes der Hamburg-Amerika-Linie, über die deutsche Handelsflottenschiffahrt im Rahmen des Wiederaufbaues der Weltwirtschaft. Er schilderte, wie die deutsche Schiffahrt nach dem Kriege wieder aus dem Nichts entstanden und unter den denkbar ungünstigsten Umständen in verhältnismäßig wenig Jahren in Zusammenarbeit und unter Einwirkung aller verfügbaren Kräfte zu einer Handelsflotte heranwuchs, die bereits wieder ein beachtenswerter Faktor in der Weltwirtschaft sei. Nach Beendigung der auf den Werften in Angriff genommenen Neubauten werde die deutsche Handelsflotte wieder nahezu 1 Millionen Bruttoregistertonnen umfassen gegen 5,4 Millionen vor dem Kriege. An den Wiederaufbau reiße sich die Konzentration der verschiedenen Linien und die Rationalisierung. Die heute wiedererlangte Bedeutung der Handelsflotte Deutschlands ergebe sich hauptsächlich aus den zahl-

reichen Rennerungen, welche im Interesse der höchstmöglichen Wirtschaftlichkeit der einzelnen Schiffe berücksichtigt werden könnten, so daß Deutschland in dieser Hinsicht anderen Staaten vieles voraus habe. Deutschlands Handelsflottenschiffahrt sei gegenwärtig wieder derart reorganisiert, daß ihre Linien aufs neue beginnen können, den ganzen Erdball zu umspannen und alle nur irgendwie in Frage kommenden Handelsplätze zu umfassen.

Deutscher Reichstag

Vor der Reichstagsauslösung — Eine politische Aussprache Stresemann über die Außenpolitik
 Berlin, 29. März.

Am Donnerstag wurde der Gesetzentwurf über Schulwesen und Manntion in dritter Beratung angenommen. Als Zeitpunkt des Inkrafttretens wurde der 1. Oktober festgesetzt. Es folgte die 2. Beratung der Resolution zum Tabaksteuergesetz. Der Ausschuss schlägt mit Wirkung ab 1. April eine Verkürzung der Fälligkeitstermine vor. Die Vorlage wird in 2. Beratung angenommen. Die 3. Beratung wird ausgesetzt. Das Haus geht dann zur 2. Beratung des Haushaltsplanes für 1928 über.

Abg. Wels (Sos.) geht auf die Arbeiten der letzten Jahre, besonders des letzten Reichskabinetts ein und erklärt, die einzige Stütze des deutschen Volkes sei die Sozialdemokratie gewesen, aber auch die republikanische Regierung in Preußen. Die an die neue Regierung gemäßigten Erwartungen seien enttäuscht, die beim Regierungsantritt festgelegten Richtlinien nicht eingehalten worden. Noch nie sei eine Regierung so jammervoll geendet wie die Regierung Marx-Schielen. Keudell. Die Außenpolitik habe nicht den geringsten Erfolg gehabt. Dr. Stresemann habe die in Locarno und Thoito angeknüpften Fäden nicht weiterführen können. Er sei von Genf immer mit leeren Händen zurückgekommen. Die schlimmsten Demütigungen Deutschlands seien unter der Bürgerblockregierung erfolgt.

Abg. Graf Westarp (Dn.) bezeichnet es als einen einzigartigen Vorzug in der Geschichte der bisherigen 17 republikanischen Regierungen, daß nach formeller Lösung der Koalition die Regierung im Amt geblieben ist, und in verhältnismäßig kurzer Zeit noch ein Fülle nützlicher und praktischer Arbeit vollenden konnte. Nur eine Verbindung der Mitte mit den Deutschnationalen schaffe feste Regierungsverhältnisse und fruchtbringende Arbeit. Auch wir wünschen die friedliche Verständigung mit Frankreich. Sie muß aber wirklich gegenseitig sein. Die Räumung des Rheinlandes ist nicht erfolgt. Die Fragen der Abrüstung, des Schutzes der Minderheiten, sind nicht gelöst. Die letzte Rede des französischen Ministerpräsidenten weist, daß in Frankreich der Wille zu einer wahren Verständigung nicht vorhanden ist. Wer glaubt im Ernst daran, daß es nach den Wahlen anders wird? Die Erfahrungen der letzten Monate der Außenpolitik müssen eine Mahnung sein, endlich Illusionen und Selbsttäuschungen aufzugeben. Der Redner bespricht dann die innere Politik und zählt die Arbeiten und Erfolge auf. Dem Gedanken persönlicher Führung und Verantwortung muß wieder Geltung verschaffen werden. Während der Rede des Abg. Graf Westarp erhielt Abg. Schreck (Sos.) wegen beschimpfender Zursache zwei Ordnungsrufe. Graf Westarp schließt unter dem lärmlichen Beifall der Deutschnationalen: Wir freuen uns über die kurze und klare Kampfanalyse des sozialdemokratischen Redners.

Abg. Dr. Stegerwald (Str.) erkennt an, daß von der Regierung im letzten Jahr eine Fülle von Arbeit geleistet worden sei. Die zerrüttete deutsche Wirtschaft habe sich ihren Platz in der Weltwirtschaft wieder erungen. Den in der Inflationszeit vermissten Gedulds- und Volkenempfindern sei doch wenigstens die Lebensmöglichkeit wieder gegeben worden. Die sozialpolitischen

Fortschritte gegenüber der Vorkriegszeit seien nicht zu bezweifeln. Die Forderung der allgemeinen Abrüstung wird nicht mehr aus der öffentlichen Diskussion der Welt verschwinden. Um die Wahlreform wird der kommende Reichstag nicht herumkommen. Wir verlangen eine soziale Schulpolitik und werden auch im neuen Reichstag für ein christliches Schulgesetz kämpfen. Das Zentrum ist immer die Stütze der Demokratie und Republik gewesen. Ich habe Herrn Dr. Wirth immer wieder Bräuden gebaut, weil in ihm Kräfte lebendig sind, die für Deutschlands Geltung in der Welt und für den inneren Staatsaufbau von fundamentaler Bedeutung sind. (Bewegung.)

Abg. Dr. Scholz (D. Sp.) steht in dem Redeprogramm nur den Anfang eines großen Hilfswerkes für die Landwirtschaft. Die Richtlinien der Stresemannschen Außenpolitik seien jetzt Allgemeinut des deutschen Volkes geworden, auch der Deutschnationalen. Dem Grafen Bernstorff gebühre Dank für seine energische und kluge Haltung als Unterhändler in Genf. (Beifall.) Das Ziel des Einheitsstaates müsse allmählich erreicht werden.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann

kündigte einen Gesetzentwurf an, auf dessen Erledigung noch durch diesen Reichstag die Regierung Wert legt. Es handelt sich um ein gesetzliches Verbot des Waffenhandels nach China. Unzutreffend sei aber die im Ausland verbreitete Meinung, daß Deutschland einer der hauptsächlichsten Waffenlieferanten nach China sei. Der Minister dankt dem Grafen Westarp für den sachlichen Ton seiner Ausführungen, die er aber nicht als sachlich richtig anerkennen könne. Aus dem Mund des Führers der größten Regierungspartei höre es sich seltsam an, wenn er glaube, feststellen zu können, daß das Fiasco der Außenpolitik allgemein anerkannt sei. Die Räumung des Ruhrgebietes und Duisburgs ist innerhalb der vorgesehenen Zeit von zwölf Monaten erfolgt. Unser Anspruch auf weitere Räumung steht nicht in den Locarnoverträgen, sondern basiert auf dem Versailler Vertrag. Wir sind alle der Meinung, daß sich aus dem Geiste der Verträge die Notwendigkeit der bedingungslosen Räumung ergibt. Dafür weiterzukämpfen ist unsere Aufgabe. Bei der letzten Rede des französischen Ministerpräsidenten Poincaré waren die ersten Eindrücke aus den Zeitungen falsch. Ich kann zwar auch noch dem vorliegenden Wortlaut der Rede seiner Verteidigung der Ruhrpolitik nicht zustimmen. Ich halte es nicht für richtig, in den Ausführungen des französischen Ministerpräsidenten eine Absage an den bisherigen Gang der Politik zu sehen. Graf Westarp hat sich über den mangelnden Minderheitenschutz beklagt. Niemand hat bei uns der Meinung, daß der Völkerbund eine ideale Einrichtung ist. Wir müssen aber auch die Reife der Debatte sehen. Niemand wird gegenwärtig von der polnischen Presse mehr angegriffen als der oberösterreichische Völkerbundskommissar Calonder, ein Zeichen, daß dieses Mann mit Objektivität an die Dinge herangeht. Zweifellos ist auf vielen Gebieten noch manches zu wünschen übrig geblieben. Glaubt man aber, daß weniger zu wünschen geblieben wäre, wenn wir nicht im Völkerbund wären? Glaubt man, daß unsere Stellung in der Welt eine andere wäre, wenn die Locarnoverträge nicht beständen? Wir sind einmütig in der Unzufriedenheit über den Ausgang der Abrüstungskonferenz. Dem Grafen Bernstorff gebührt für seine Haltung unser Dank. (Beifall.) Wenn auf einem Gebiete ein großer Rückschritt eingetreten ist, dann darf man aber noch nicht auf dem Wege verweilen. Volkswirtschaftlich ist die Auffassung, daß unser Ziel nicht die allgemeine Abrüstung, sondern die Aufrüstung sei. Unser Ziel ist die Abrüstung aller auf ein vernünftiges Maß. Wir werden auf der nächsten Völkerbundversammlung zum Ausdruck zu bringen haben, was die Voraussetzungen für die von uns gewünschte graduelle Abrüstung gewesen sind. Zehn Jahre sind kein Zeitpunkt, den man noch als ein „von heute auf morgen“ bezeichnen kann. Auf Grund meiner langjährigen Erfahrungen, so schließt der Minister, die ich verantwortlich auf dem Posten des deutschen Außenministers zugebracht habe, bin ich überzeugt, daß keine andere Politik als die bisherige zu führen ist.

Abg. Dr. Hummel (Dem.) erklärt, wer die Ausführungen des Ministers und des deutschnationalen Fraktionsführers gebürt

Erkämpftes Glück

ORIGINALROMAN VON J. SCHNEIDER-FOERSTL
 VERLEGER-RECHTSSCHUTZ DURCH VERLAG OSKAR MEISTER, WERDAU

(V. Fortsetzung.)
 Als er sie erkannte, brachte er mit einem Griff in die Zügel das Pferd zum Stehen. Seine Augen waren blutunterlaufen und sein Bart eine einzige Kruste Eises. Maria war mit einem Sprung an seiner Seite. „Ezechiel!“
 „Ich bin auf dem Wege zu Ihnen gewesen, Fräulein Motton.“
 „Was Böses?“ Ihre Augen sahen angstvoll in seine weit geöffneten.
 „Er wird sterben!“
 „Rolf Rachatzka?“
 „Ja.“ Schluchzte der Jude.
 Ihr Blick wurde ganz leer und glasig. — Es war zu rasch gekommen. Die Augen der Fremden fielen ihr ein. — Unglück hatten sie bedeutet. Im nächsten Moment schwang sie sich auf den Schlitten und riß Ezechiel zu sich herauf. Und in das Singen der Glocken und Glöckchen hinein erzählte der Jude, kurz abgerissen, kaum von einem Wort Marias unterbrochen: „Ich fand ihn vorgestern Nacht auf einer Bank in den Anlagen. Er war halb erfroren und verhungert und vermochte sich kaum mehr zu schleppen. — Er bat mich, ihn nach St. Georgen zu bringen, damit er in Frieden sterben könne. Aber der Weg war zu weit. Ich brachte ihn nur mehr bis in meine Herberge, dort zu Bett und ließ dann, einen der Patres zu holen. — Ich wußte nicht, daß Mische so zu sterben vermöchten, wie dieser Vater Hubertus.“
 Ohne Mantel, wie er ging und stand, folgte er mir, und ich vermochte kaum Schritt mit ihm zu halten. — Er begrüßte Rolf, wie ein Vater seinen Sohn begrüßt. Er redete mit ihm, wie eine Mutter mit ihrem Kind. — Und als Rolf einmal ganz wie leblos lag, bat er immer wieder: Tu' deine Augen auf, mein Sohn! — Tu' deine Augen auf! — Weißt du denn nicht, daß ich dein Freund bin?“
 „Und der Mische?“ Maria sah ihn angstvoll an.
 „Er wacht heute die ganze Nacht bei ihm. Erst am Morgen löste ihn ein anderer ab. Beinahe jeder von ihnen bringt einen anderen Arzt mit, aber sie geben ihn alle auf. Sein Körper hat keine Widerstandskraft mehr, sagen sie.“

Und so bin ich nun gelaufen, Sie zu holen, daß Sie noch einmal mit ihm sprechen können, ehe alles zu Ende ist.“ — Ezechiel meinte auf, als ob er einen Sohn verliere. — Maria fand kein Wort, keinen Ton, nichts. — Sie wußte mit Gewißheit, daß er seine Liebe bekann, aus St. Georgen ausgewiesen und sich in der Kälte der Winternacht den Tod geholt hatte.“
 Ihre Zähne schlugen aufeinander, ein solches Grauen beschlich sie vor dem, was die nächsten Stunden bringen würde. — Ezechiel gab ihr die Richtung der Straße an, in der seine Herberge lag. — Sie fiel mehr vom Siege als sie stieg. — „Bring den Falben in den Adler.“ sagte sie hastig und bestellte, ich würde selbst kommen. Wann, das weiß ich nicht.“
 Er nickte und löste mit der Wärme der Junge das Eis von den Barthaaren, die ihm in die Lippen hingen und vollständig steif gefroren waren. „Die ersten zwei Treppen, orientierte er sie. „Dann einen Gang hinunter, die letzte Türe dem Hofe zu.“
 Sie bejahte. Er sah ihr nach, wie sie hinter dem Torbogen verschwand. Ezechiel murmelte unverständlich vor sich hin. „Bergib mir, Rolf! — Ich konnte nicht anders, als sie holen.“ — War sie nicht auch gut zu ihm, dem Juden, diese Maria Motton? — Und wenn er auch nicht wollte, daß jemand sie von seinem Sterben in Kunde setzte, seine Seele schrie doch nach ihr. In seinen Fiebern rief er ihren Namen. — Wenn sein Körper sich unter den Schmerzen, die ihn durchschnitten, bäumte, sprach er immer und immer wieder seinen Segen über sie.
 Maria tastete die beiden dunklen Treppen hinauf. Sie fühlte ihre Füße nicht mehr. Sie waren steif wie die Oefeder einer Suppe, die ihr Wille vorwärtsdrückte. — Dann ein zimmerbreiter freier Raum, mit einem Blick in den Hof, dem das Weiß des Schnees mittelmäßig eine Decke überworfen hatte. Ein Lichtschacht warf dämmende Helle von oben. Türe an Türe war in die grauen, abgedrückten Wände eingelassen. Aber keine derselben tat sich auf. Hinter keiner von ihnen wurde eine Stimme laut.
 Dann ein Husten! — Hohl und quälend, mühsam unterdrückt und doch wieder anschwellend, weil die Kraft der Lungen nicht mehr reichte, ihn zu dämmen. — Mit beiden Händen fuhr sie nach dem Herzen.
 Das war Rolf!
 Sie sah ihn nicht und wußte doch: hinter dieser Türe lag der Mann, den sie liebte.
 Eine matte, milchige Helle, welche der Schnee des Daches, welches dem Fenster gegenüberlag, herinschickte, ließ die Gegenstände in dem Raume halb verschwimmen. Das Feuer eines Eisenofens lodte mit glühender Junge durch den

schwarzen Spalt des Kofes. — Ein kleiner Tisch war in die Ecke geschoben.
 Maria sah von allem nichts. Sie starrte unverwandt auf das Eisenblech, in dessen weißen Rissen Rof's halbverfallener Körper lag. Er lag wie ein Loter mit geschlossenen Augen, nur das brennende Rot der Wangen verriet, daß noch Leben in ihm pulste. Seine schweren Atemzüge drangen bis zu ihr herüber.
 Im Gefühl der Schuld schlich sie sich näher und wurde von einer unsichtbaren Macht in die Knie gezwungen. Sie hatte ihn nicht freigegeben und nun kam ein anderer und löste ihn von dem Schwur, der ihn an sie band.
 Rolf fühlte die Nähe eines zweiten Lebens und begann unruhig zu werden. „Mich dürstet!“ Marias Hand griff hastig nach dem Glase mit rötlicher Limonade, auf dem Stuhle nebenan. Ihre Finger zitterten, als sie es an seine Lippen führte. Sein Kopf lag schwer auf den Kissen. Er vermochte ihn nicht zu heben. Mit unendlicher Zartheit hob sie ihn mit der einen freien Hand hoch.
 „Maria“, sagte er und ließ ihn wieder zurücksinken. Sie meinte hilflos auf.
 Seine Augen öffneten sich für den Bruchteil einer Sekunde, dann sanken die Lider wieder herab. Ihre Zähne waren fest aufeinandergebrängt, daß kein Laut über ihre Lippen kam. Sie hörte, wie sich hinter ihr die Türe öffnete und hob beide Hände wie in Abwehr und Bitte zugleich.
 Dann neigte sich ihr Gesicht vor dem Abte, der soeben eintrat. Es fiel kein Wort der Begrüßung. Schweigend neigte sich Guntram über Rof's Körper und horchte auf dem Atem, der aus der todtranken Brust kam. Er strich ihm das Haar, das ihm in die Stirne gefallen war, behutsam zurück. Dann wandte er in scharfer Bewegung das Gesicht. „ach seiner Richte.“
 „Denn, Rolf, Maria!“
 Rascher Schreden stand in ihren Augen: „Ich liebe ihn.“ sprach sie leise, daß der Hauch ihrer Stimme kaum bis an sein Ohr drang.
 „Du haßest ihn.“ sagte er hart „und glaubst, es wäre Liebe. Du allein trägst die Schuld an seinem Sterben.“
 Maria wich einen Schritt zurück und suchte an der Kante des Bettes nach einem Haal.
 „Du wirst ihm wieder frei geben, damit er Frieden finden kann.“ sprach Guntram befehlend.
 „Rein!“
 Die Gestalt des Abtes redete sich, daß er wie ein Riese vor ihr aufwachte: Maria, was du an Rolf liebst, das ist dieser Leib, der in Kälte von den Würmern zerfressen sein wird.“

(Fortsetzung folgt.)



... könne sich ein Bild davon machen, welche Solidarität während der letzten fünfzehn Monate in der Regierungskoalition geherrscht habe. Die Oppositionsparteien haben es während der ganzen Regierungszeit an einer gewissenhaften Mitarbeit nicht fehlen lassen. Das Reichsschulgesetz war lebhaft ein beherzter Wunsch für das Zusammenfallen eines unhaltbaren Zustandes. Die Antragsbarkeit der Arbeiten dieser Regierung liegt in den tiefen inneren Gegensätzen zwischen den einzelnen Koalitionsparteien. Die demokratische Partei werde nicht nachlassen, für eine allseitige Zusammenfassung der Reichskräfte zu kämpfen. Die demokratische Partei wird den Etat ablehnen, weil sie die Verantwortung für ihn nicht übernehmen kann.

Württembergischer Landtag.

Stuttgart, 29. März. Am Mittwoch sprachen noch zur Steuerfrage: Finanzminister Dr. Dehlinger: Im Jahr 1924 sind an Staatssteuern aus Grund, Gebäude und Gewerbe durch Zuschläge und Nachlässe 268 000 Mark der Staatskasse entgangen, im Jahr 1925 waren es 185 000 Mark. Für das Jahr 1926 sind die Beträge noch nicht zusammengestellt. Der Ausfall ist außerordentlich gering. Die Zahlen des Abg. Winter sind größtenteils falsch.

Abg. Roth (Dem.) Das Verhalten des Abg. Winter, sich durch Aufzählen bei den Gemeinden Material zu verschaffen, ist doch äußerst bedenklich. Der Landtag hat die Möglichkeit, die Regierung um amtliche Auskünfte zu ersuchen. Die württ. Wirtschaft hat besonderen Anlaß, sich über eine Ueberstimmung der Realsteuern zu beklagen. Balfisch ist es, wenn gesagt wird, daß die Einführung der Kataster nur das Handwerk betreffe. Die Industrie ist genau so davon betroffen. Wir werden dazu beitragen, daß der Handwerkerstand leistungsfähig bleibt.

Abg. Albert Fischer (Komm.) Von einer steuerlichen Gerechtigkeit ist keine Rede. Das Kleinvermögen und das Kleingewerbe ist härter belastet. Das Gewerbesteuerrecht muß noch geändert werden.

Abg. Rath (D.D.): Es ist nicht zu bestreiten, daß sich das Gewerbesteuerrecht in vieler Beziehung ungerecht auswirkt. Biersach hat sich das Gewerbesteuerkapital beträchtlich vermindert. Der Staat kann das eher noch ertragen, aber der Hausbesitzer ist die Gemeinde. Wir müssen eine Revision der Gewerbesteuer verlangen, wie es das Reichsrahmengesetz vorsieht.

Abg. Winter (Soz.): Der Finanzminister hat nichts Wesentliches erwidern können. Die großen Betriebe müssen so zur Gewerbesteuer herangezogen werden, wie es der steuerlichen Gerechtigkeit entspricht.

Stuttgart, 29. März. Am Donnerstag ging die Staatsberatung weiter. Der Ausschuß beantragt, u. a. den Anteil der württ. Wohnungskreditanstalt an der Gebäudeverschuldungssteuer von 10 580 000 Mark auf 13 220 000 Mark zu erhöhen.

Finanzminister Dr. Dehlinger: Württemberg hat eine der niedrigsten Gebäudeverschuldungssteuern. Am höchsten ist sie in Sachsen. Wir haben alle Milderungen eingeführt. Daß die Landwirte von dieser Steuer befreit wurde, ist vollständig gerecht. Nicht befreit ist der Großgrundbesitz Württemberg verbunden nicht aus freien Stücken, sondern wegen reichsgesetzlichen Zwanges einen Teil der Steuer zur Deckung des allgemeinen Staatsfinanzbedarfs. Der größere Teil dient der Förderung des Wohnungsbauens. Die württ. Wohnungskreditanstalt hat in den letzten vier Jahren Darlehensbeträge in Höhe von 112,5 Millionen Mark ausgeben.

Kommune werden die zurückgestellten Abstimmungen vorgenommen und die Ausschussanträge zu Kapitel 81 (Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer) angenommen, die sozialdemokratischen Anträge abgelehnt.

Abg. Heymann (Soz.) beantragt, das Staatsministerium zu ersuchen, die württ. Wohnungskreditanstalt bei der Aufnahme einer Anleihe zu unterstützen.

Abg. Winter und Abg. Pfäfer (Soz.) beantragen, den Anteil der Wohnungskreditanstalt auf 16 Millionen zu erhöhen.

Abg. Scheer (Dem.): Die Rede des Finanzministers war eine deutliche Wahrung der Sache. Die Gebäudeverschuldungssteuer sollte auch eine Maßnahme zur Stabilisierung der Währung sein. Staatspräsident Baisille hat früher diese Steuer als unmoralisch bezeichnet und erklärt, er würde sich als württembergischer Minister weigern, diese unmoralische Steuer zu erheben.

Minister des Innern Holz: Bis jetzt konnten von 11 000 Gehäusen nur 3500 befriedigt werden. Die Regierung sei ernstlich bemüht, neue Mittel für den Wohnungsbau zu beschaffen, aber das Reich widerlege sich der Aufnahme weiterer Auslandsanleihen. Zurzeit seien in Württemberg noch in 16 Gemeinden mit 247 000 Einwohnern die Wohnungen in Bewirtschaftung. 38 Oberamtsbezirke seien ganz leer. Die Bewirtschaftung des Wohnraums bringe heute, von großen Städten abgesehen, keinen Nutzen mehr, wohl aber sehr viel Arbeit und eine Befähigung des Publikums.

Abg. Schmed (Komm.) wandte sich gegen die Abschaffung der Wohnungskreditanstalt.

Abg. Rath (D. Vp.) bedauerte, daß der Finanzminister auf neue einen Streit über die Gebäudeverschuldungssteuer entfacht hat.

Nach weiterer Aussprache erfolgte Vertagung auf Freitag nachmittag: Befolgsungsorlage.

Auflösung des Landtages. Verschiedene Parteien beabsichtigen, einen Initiativgesetzentwurf über die Auflösung des Landtages einzubringen. Darnach soll die Wahldauer des am 4. Mai 1924 gewählten Landtages am 31. Mai 1928 endigen. In der Begründung heißt es: Im Hinblick auf die bevorstehende Auflösung des Reichstages hat die Reichsregierung die Neuwahl des Reichstages auf den 20. Mai dieses Jahres festgesetzt. Der württ. Landtag hat den Wunsch zu erkennen gegeben, die Landtagswahl mit der Reichstagswahl zu verbinden. Die Wahldauer des gegenwärtigen, am 4. Mai 1924 gewählten Landtages endigt am 4. Mai 1928. Da aber nach Paragraph 11 Abs. 2 der württ. Verfassung die Neuwahl zum Landtag vor Ablauf der Landtagsperiode stattfinden muß, so ist es zur Ermöglichung der Verbindung beider Wahlen notwendig, die Wahldauer des gegenwärtigen Landtages über den 20. Mai dieses Jahres hinaus zu verlängern. Der Entwurf sieht die Verlängerung bis Ende Mai dieses Jahres vor. Er enthält eine Verfassungsänderung und bedarf deshalb der hierfür vorgeschriebenen Mehrheit. Das Initiativgesetz ist dringlich, was sich aus den Umständen ergibt.

Aus Stadt und Land.

Mittwoch, den 30. März 1928.

Latin- und Realschule Nagold. Die auf Wunsch der Eltern aus Stadt und Bezirk vom Gemeinderat beschlossene private 7. Klasse ist, wie wir eben hören, vom Kultusministerium nunmehr genehmigt worden. Der Unterricht an dieser Klasse wird zu Beginn des neuen Schuljahres mit 9-10 Schülern aufgenommen.

Vom Rundfunk. In der für Sonntag, den 1. April, 6.50 Uhr vorgesehenen Dichterstunde wird wegen plötzlicher Abgabe nicht Carl Zuckmayer, sondern Paul Clemens Korth aus eigenen Werken vorlesen. Aus demselben Grund wird am Montag, den 2. April, um 8.45 Uhr anstelle von Carl Zuckmayer Oberregierungsrat Wae einen Vortrag halten und zwar über „Eine Befreiung des Kammerberges“.

Neue Briefmarken mit dem Bilde der deutschen Reichspräsidenten. Der Reichspräsident hat die Ausgabe von Briefmarken mit dem Bilde der deutschen Reichspräsidenten genehmigt. Die neuen Briefmarken, von denen die Marke zu 15 Pfennig das Bild des Reichspräsidenten von Hindenburg, die Marke zu 8 Pfennig das Bild des verstorbenen Reichspräsidenten Friedrich Ebert tragen wird, erscheinen voraussichtlich am 1. Juni d. Js.

Wichtig für abgefundene Kriegsgeschädigte! Bisher erhielten viele Kriegsgeschädigte für eine Reihe von Dauerlöhnen aus gesellschaftlichen Gründen, nach denen eine Rente erst bei Minderung der Erwerbsfähigkeit um 25 v. H. gewährt werden kann, keine Rente. Es handelte sich z. B. um folgende Schäden: Verlust des Daumens an der Arbeitshand, Verlust der ganzen Kopfhaut, Verlust eines Auges, Verlust des Gaumens, widernatürlicher After, Urin- oder Darmfistel sowie um abtöndend wirkende Entstellungen des Gesichts, Verlust einer Niere oder der Milz. Diese Schäden sollen jetzt nach einer neuen Verordnung, wie der Reichsbund der Kriegsgeschädigten mitteilt, wieder mit Rente in Höhe von 30 v. H. abgegolten werden. Soweit Kriegsgeschädigte nicht wieder von Amtes wegen die Rente erhalten sollten, tun sie gut daran, noch vor dem 31. März 1928 Antrag auf Neugewährung von Versorgungsgebühren zu stellen, und zwar schon deshalb, weil ihnen bei der Antragstellung bis 31. März 1928 die Rente rückwirkend ab 1. Oktober 1927 gezahlt wird. Nach Ueberstreichung dieses Termins kommt eine Rentengewährung nur vom 1. des folgenden Monats ab in Frage, in dem der Antrag auf Röntgenbegünstigung der Rente von dem Geschädigten beim Versorgungsamt gestellt worden ist. Auch andere Kriegsgeschädigte, die mit 20 v. H. abgefunden worden sind, können unter gewissen Voraussetzungen wieder in die Versorgung einbezogen werden. Das trifft insbesondere zu, wenn solche Geschädigte durch Vorlage ärztlicher Zeugnisse oder anderer Beweismittel den Nachweis führen, daß ihre Erwerbsfähigkeit um mindestens 25 v. H. gemindert ist, ohne im Gegenseitigen zum bisher üblichen Verfahren eine objektive Verschlimmerung nachweisen zu können. Dieser Erlass gilt aber nur für abgefundene Zwanzigprozentige, nicht etwa auch für abgefundene Zehnprozentige. Für die letztere Kategorie ist der Nachweis der objektiven Verschlimmerung wie bisher un-

erlässlich.

Calmbach, 28. März. (Straßenbau.) Wie wir aus sicherer Quelle hören, ist der Bau der Kleingartenstraße nun endgültig beschlossen, und soll in Bälde die Arbeit beginnen. Ferner soll die Staatsstraße Calmbach-Höfen auf 6 Meter Breite erweitert werden, was bei dem Kiesverkehr im Sommer auch keine Unnot ist. Mit dieser Erweiterung können zugleich die Kurven ausgeglichen werden.

Kottweil, 28. März. Ein Mitglied des hiesigen Geflügel- und Vogelschutzvereins, Herrmann, hat eine große Farm der Legehorn-Rasse angelegt mit über 500 Legehühnern. Die Farm wird mit modernen Brutmaschinen und Aufzuchtapparaten ausgestattet. Die Züchter des Vereins haben auf verschiedenen Ausstellungen erste Preise erhalten.

Stuttgart, 29. März. (Tagung.) Der Großeinkaufsverein der Kolonialwarenhändler Württembergs hat seine 24. Jahreshauptversammlung im Kurfaal abgehalten. Höflich-Bachmann erinnerte bei Eröffnung daran, daß der G. K. W. in diesem Jahre auf ein 25jähriges Bestehen zurückzublicke, weshalb im Herbst eine besondere Festlichkeit veranstaltet würde. Die Toten des Jahres wurden durch Erben von den Söhnen geehrt. Aus dem Geschäftsbericht, erstattet vom Vorsitzenden des Vorstandes G. A. Herrmann-Stuttgart, ist hervorzuheben, daß der Gesamtumsatz um 1 Million auf 8 Millionen gewachsen ist. Der Mitgliederstand zeigt eine Zunahme. Jahresrechnung und Verteilungsplan fanden einstimmige Annahme.

Milchversorgung Stuttgart. Der Gesamtumsatz an Milch und Milchprodukten betrug 12,5 Millionen Mark. Die Bilanz auf 31. Dezember 1927 weist nach Vornahme der regulären Abschreibungen und einer Verzinsung des Gesellschaftskapitals mit 5 Prozent einen Gewinnvortrag auf neue Rechnung mit 11 771,56 Mark auf. Im Vergleich zum Vorjahre ist der Fleischmilchverbrauch annähernd gleich geblieben; der Bedarf an Milch in Glasflaschen ist gestiegen. Die Gesellschaft konnte deshalb ihre vorübergehenden Milchkäufe im Allgäu und in der Schweiz einstellen.

Rußensitten (Hohenzollern), 29. März. (Furchbares Unglück.) Auf dem Gutshof wollte der Besitzer Landwirt Anton Böll mit seinem Sohne Konrad Krähen schießen. Der Vater drückte den Hahn ab; doch war offenbar der Gewehrlauf verrotzt, so daß er die Kugel nicht durchließ, die nach hinten schlug und dem unglücklichen, etwa 60 Jahre alten Schützen durch die Augenhöhle in das Gehirn drang. Der Tod trat auf der Stelle ein.

Handel und Verkehr.

Markte

Stuttgarter Schlachtviehmarkt vom 29. März
Zugetrieben waren 1 Ochse, 100 Jungbullen, 98 Jungriinder, 28 Kühe, 250 Kälber, 333 Schweine; unverkauft blieben 50 Jungbullen, 30 Jungriinder, 10 Kühe.
Es kosteten per 50 Kilo Lebendgewicht:
Bullen: a) ausgem. 48-49, b) vollfl. 43-47, c) fl. 40-42;
Jungriinder: o) ausgem. 56-58, b) vollfl. 48-54, c) fl. 40-47;
Kühe: b) vollfl. 29-35, c) fl. 19-27, d) ger. 14-18;
Kälber: b) frische Rast- und beste Saugkälber 76-78, c) mittlere 66-73, d) ger. 50-63
Schweine: a) über 300 Pfund 56-58, b) von 240-300 Pfund 56-59, c) von 200-240 Pfund 56-57, d) von 160-200 Pfund 54-55, e) von 120-160 Pfund und f) unter 120 Pfund 53-54;
g) Sauen 41-51.
Verlauf des Marktes: Großvieh langsam, Ueberstand; Kälber ruhig; Schweine belebt.

Mannheimer Kleinviehmarkt vom 29. März. Zum Kleinviehmarkt waren zugeführt und wurden die 50 Kilo Lebendgewicht je nach Klasse gehandelt. 84 Kälber 62-82, 111 Schweine 44-65, 619 Ferkel und Läufer bis 4 Wochen 11-15, über 4 Wochen 16 bis 19, Käufer 21-27. Marktverlauf ruhig, Kälber langsam, unverkauft.

Getreide

Berliner Produktenbörse vom 29. März. Weizen märk. 245 bis 248, Roggen märk. 254-260, Gerste 230-250, Hafer märk. 234 bis 242, Mais prompt Berlin 237-239, Weizenmehl 31,25-35, Roggenmehl 34-38,50, Weizenkleie 17, Roggenkleie 16,55, Bistortiaerbsen 46-57, H. Sojaerbsen 35-37, Futtererbsen 25-27, Mischmehl Tendenz: still.

Mannheimer Produktenbörse vom 29. März. Die Börse verkehrte in unruhiger Haltung. Brotgetreide, Weizen und Mais lagen leicht abgeschwächt. Man verlangte die 100 Kilo ohne Saft, was getreide Mannheim, in Reichsmark: Weizen int. 26,75-29,50, ausl. 29-31,50, Roggen int. 27,50, Hafer int. 26,25-27,25, ausl. 27-28, Braugerste ausl. 32-35, pflz. 32-33,50, bob., best. und württ. 31,50-32,50, Futtererbsen 24-25, Mais mit Saft 24,56 bis 24,75, Weizenmehl Spezial 0 37,75-38,25, fdbd. Roggenmehl je nach Ausmahlung 37,50-39,25, Weizenkleie 14,50.

Herzberg, 28. März. (Rind- und Schweinemarkt.) Zugetrieben waren 2 Ochsen, 155 Kühe und Kalbinnen und 140 Stück Jungvieh. Von Händlern wurden 120 Stück Vieh zugeführt. Der Handel ging flau bei gedrückten Preisen. Erlöse wurden für trachtige Kühe 580-630 M., für Milchkühe 490 bis 580 M., für Schlachtkühe 250-300 M., für Kalbinnen 500 bis 610 M., für Jungvieh 180-625 M. — Dem gleichzeitigen Schweinemarkt waren zugeführt 470 Stück Milchschweine und 50 Stück Läufer. Verkauf wurden 190 Milchschweine zum Paarpreis von 35-58 M. und 20 Läufer zum Paarpreis von 75-110 M. Verkauf flau.

Leute Nachrichten.

Annahme des Anschließungsvertrages mit Preußen in der Waldeckischen Landesvertretung.

Krossen, 30. März. Die Waldeckische Landesvertretung stimmte in der gestrigen Sitzung dem Staatsvertrag mit Preußen vom 23. März 1928 nebst Schlussprotokoll betreffend die Vereinigung Waldecks mit Preußen in erster Lesung einstimmig zu. Die zweite Lesung des Gesetzes findet am 2. April statt.

Streikbeschuß des Buchdruckerverbandes Karlsruhe.

Karlsruhe, 29. März. Der Bezirk Karlsruhe des Deutschen Buchdruckerverbandes hielt heute abend eine Versammlung ab, in der beschlossen wurde, vom Samstag ab in Streik zu treten, falls bis dahin die Hauptforderungen der Gehilfenschaft nicht erfüllt worden wären.

Krise in der bayerischen Regierungskoalition

München, 29. März. Die Fraktionen der Bayerischen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei haben heute abend an den Bayerischen Bauernbund ein Schreiben gerichtet, in dem sie erklären, daß sich nach der einmütigen Auffassung der beiden Fraktionen die Fraktion des Bayerischen Bauernbundes durch ihre Haltung bei den Verhandlungen über das Beamtenbesoldungsgesetz selbst außerhalb der Koalition gestellt habe. Ein weiteres Zusammenarbeiten mit dem Bayerischen Bauernbund sei dadurch unmöglich gemacht worden. Es sei eine Selbstverständlichkeit, daß der Bauernbund die Rechte einer Koalitionspartei nicht mehr in Anspruch nehmen und seinen Vertreter aus der Regierung zurückziehe.

Keine Aenderung der Einwanderungsquote in Amerika.

Washington, 29. März. Das Repräsentantenhaus nahm heute die Johnson-Resolution an, die eine Hinausschiebung des Inkrafttretens der nationalen Abstammungsklausel des Einwanderungsgesetzes für ein weiteres Jahr vorsieht.

Das englische Frauenstimmrecht-Gesetz in zweiter Lesung angenommen.

London, 29. März. Das Unterhaus hat die Vorlage, betreffend das Frauenstimmrecht, in zweiter Lesung mit 387 gegen 10 Stimmen angenommen.

Erdbeben im Staate Maine

Milo (Maine), 29. März. Gestern wurden hier drei Erdstöße verspürt, denen heute früh vier weitere folgten. Nach den bisher vorliegenden Meldungen ist kein Schaden angerichtet worden.

Unmehliches Wetter für Samstag

Unter dem Einfluß der nordwestlichen Depressions ist für Samstag mehrfach bedecktes und auch zu vereinzelt Niederschlägen geneigtes Wetter zu erwarten.

Druck und Verlag der W. Krieger'schen Buchdruckerei, Württemberg für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Krieger



